

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 6

Artikel: Zur Totalrevision der Bundesverfassung
Autor: Adank, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338250>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dr. Hans Adank

Zur Totalrevision der Bundesverfassung

Kritik am bisherigen Verfahren

Es ist schon unzählige Male wiederholt worden, dass die in die Wege geleitete Gesamtrevision der Bundesverfassung nicht grosse Aussicht hat, verwirklicht zu werden. Es fehle, so sagt man, die tragende Idee. Richtiger wäre das Eingeständnis, dass es an der nötigen Leidenschaft mangelt. Wäre die Leidenschaft vorhanden, käme die tragende Idee von selbst. Der Geschichtsphilosoph Hegel behauptete seinerzeit, ohne Leidenschaft sei noch nie etwas Grosses geschaffen worden. Er hätte auch heute noch recht. Eine Verfassung ist doch nichts anderes als der Niederschlag einer Geisteshaltung und einer Gesinnung, und eine Gesinnungsrevision wäre die *conditio sine qua non* einer Verfassungsrevision. Eine allgemeine Neuorientierung und eine geistige Bewegung weg von der Konsumentenmentalität und hin zu einem schärferen Rechtsempfinden müsste einer Neufassung des Grundgesetzes vorausgehen. Die Wichtigkeit der Gesamtinteressen müsste der Volksmehrheit bewusst werden.

Die gegenwärtigen Revisionsbestrebungen haben eigentlich schon in den fünfziger Jahren begonnen. Max Imboden machte mit einigen Studenten verfassungsrevisionistische Trockenübungen und gab dann einen Entwurf heraus: «Die Bundesverfassung – wie sie sein könnte». Er glaubte wie sein verehrtes Vorbild, Walter Burckardt, es sei dem Juristen aufgegeben, «das viele Metall einzuschmelzen und das gebundene Gold daraus zu gewinnen». Damit bekam die Revisionsbewegung von Anfang an einen leicht akademischen Anstrich. Akademisch, leidenschaftslos und sachlich waren die Ausführungen der Motionäre Obrecht und Dürrenmatt. Niemand konnte sich dafür erwärmen.

Die Arbeitsgruppe, die seit einigen Jahren am Werk ist, fasst ihren Auftrag als eine wissenschaftliche Aufgabe auf. Sie sammelt mit Bienenfleiss alle Vorschläge, macht Umfrage über Umfrage, sichtet das Material und bemüht sich, das Wesentliche aus dem Unwesentlichen herauszuschälen. Sie macht einen Verfassungsentwurf, wie man eine Doktordissertation ver-

fertigt. Persönlich scheinen ihre Mitglieder am Gelingen ihrer Arbeit nur soweit interessiert, als ihr Auftrag reicht. Sie handeln als gewissenhafte, objektive Beamte und nicht als engagierte Politiker.

Die politische Marktforschung mag in mancher Hinsicht recht interessant sein, bringt uns aber nicht weiter. Seit dem 27. November 1967, dem Tag der Veröffentlichung der 94 Fragen, sind wir von einer Totalrevision weiter entfernt als je. Auf 100 Fragen gibt es mindestens 10 000 Antworten. Wenn man wenigstens sagen könnte: «Wir sind so klug als wie zuvor», so wäre das ein Glücksfall. Tatsächlich sind wir aber weniger klug als zuvor, denn die verwirrende Fülle von Gruppenwünschen und -wünschlein erweckt den Eindruck, dass da nicht eine Revision, sondern eine Konfusion total zu werden droht.

Es war ein kapitaler Fehler, sofort Detailfragen in die Diskussion zu werfen. Wenn ein Kunstbeflissener einen Baum zeichnet, beginnt er nicht mit einem einzelnen Blatt, dem er ein zweites und dann ein drittes beifügt, sondern er wird einmal die Umrisse festhalten und dann zu den Einzelheiten übergehen.

Ideologische Gesamtkonzeption

Es müsste zuerst einmal eine ideologische Gesamtkonzeption erarbeitet werden. Jede Verfassung weist einen ideologischen und einen verwaltungstechnischen Teil auf. Der ideologische Abschnitt gibt Auskunft über die philosophische Grundhaltung und die gesellschaftliche Wertetafel. Als oberster Zweck des Staates müsste die soziale Gerechtigkeit genannt werden; dann nicht nur die Wahrung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen, sondern auch die Gewährleistung der Unabhängigkeit der einzelnen Bürger und Bürgerinnen innerhalb der Gesellschaft, wobei uns bewusst sein muss, dass die Unabhängigkeit weder in der Gesellschaft noch in der Völkergemeinschaft absolut sein kann. Mindestanforderungen für die grösstmögliche Unabhängigkeit des einzelnen sind: Recht auf Arbeit, Recht auf einen angemessenen Lohn, Recht auf Wohnung, Recht auf Gesundheitsschutz (saubere Luft, sauberes Wasser, Lärmfreiheit), Recht auf Bildung, Schutz vor den wirtschaftlichen Folgen von Krankheiten und Unfällen, genügende Altersvorsorge. Alle diese Rechte gehören zur «allgemeinen Wohlfahrt», deren «Beförderung» schon in der Verfassung von 1848 zugesichert worden ist. Diesen sozialen Keim gilt es nun weiter zu entwickeln, denn viele Leute befinden sich immer noch auf der Schattenseite der Hochkonjunktur. Trotz einem Sozialprodukt von über 80 Milliarden Franken ist es nicht gelungen, die Armut total zu überwinden und auszurotten. «Wohlfahrt» ist zwar im Überfluss vorhanden. Wer aber könnte behaupten, sie sei *allgemein*?

Eine Totalrevision ist die *Folge* einer neuen Denkweise, *nicht ihre Voraussetzung*. Die Neueinstufung der politischen und sozialen Werte braucht

vielleicht noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte angestrengter Arbeit. Das politische Marketing mit den zahlreichen Umfragen und Vernehmlassungen ergibt sicher ein aufschlussreiches Stimmungsbild. Es kommt aber nicht darauf an, die Stimmung nur festzustellen, es handelt sich darum, sie zu ändern.

Es ist ein Irrtum zu glauben, mit genügend Scharfsinn, Akribie und enzyklopädischem Wissen gelange man ans Ziel. Einige irrationale Faktoren sind notwendig: die Sicherheit ausstrahlende Gewissheit, einer gerechten Sache zu dienen, die durch nichts ins Wanken zu bringende Überzeugung und die durch keine Niederlage erschütterbare Standfestigkeit.

Die Totalrevidierer müssten sich gegen den seichten «Realismus» jener wenden, die nur mit dem Rechenschieber Politik machen wollen, und die als *wirklich* nur gerade das gelten lassen, was sie mit Händen greifen. Diesen blutarmen «Realisten» hat Goethe folgende Verse gewidmet:

«Was ihr nicht tastet, steht euch meilenfern,
Was ihr nicht fasst, das fehlt euch ganz und gar.
Was ihr nicht rechnet, glaubt ihr, sei nicht wahr;
Was ihr nicht wägt, hat für euch kein Gewicht;
Was ihr nicht münzt, das, meint ihr, gelte nicht.»

In der Politik spielt das Untastbare und das Unwägbare oft eine hervorragende Rolle. Vergessen wir nicht, dass das Wort *Wirklichkeit* vom Tätigkeitswort *wirken* hergeleitet wird. Wirklich ist nur das, was wirkt. Idealismus und Begeisterung sind in der Masse wirklich, als sie das Rechtsempfinden des Volkes umzuformen imstande sind.

Föderalismus — Liberalismus — Sozialismus

Die Umwertung müsste die drei Grundtendenzen unseres gesellschaftlichen Lebens erfassen: den Föderalismus, den Liberalismus und den Sozialismus.

Infolge einer verfehlten und egoistischen Politik ist der ursprüngliche Sinn des Föderalismus in sein Gegenteil verkehrt worden. Während doch eigentlich im Föderalismus der Bündnischarakter und das Gefühl der Zusammengehörigkeit vorherrschen sollten, versteht man heute darunter Eigenbrötelei, Kantonesentum und kirchturmspolitischen Eigensinn. Der Ausdruck *kooperativer Föderalismus* ist nur eine unbeholfene Formel, die dazu bestimmt ist, den traditionellen Sinn des Wortes zu überkleistern. Die Kooperation ist ja schon ein wesentlicher Bestandteil des richtig verstandenen Föderalismus. *Kooperativer Föderalismus* ist eine Tautologie ähnlich wie *Volksdemokratie*. Der echte Föderalismus betont eben nicht die Eigenständigkeit der Teile, sondern die Zugehörigkeit zum Ganzen. Die bündnisfördernde Kraft ist der Wille, ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Je stärker dieser Wille, um so leichter ist der Verzicht auf egoistische

Sonderwünsche. Es gibt in der heutigen und zukünftigen Schweiz immer mehr Aufgaben, die nur gemeinsam gelöst werden können. Denken wir nur an die Hochschulförderung, die Forschung, die Harmonisierung der Steuergesetze, die Landesplanung, die Reinhaltung der Luft und des Wassers, die Altersvorsorge, den Gesundheitsdienst. Alle diese Aufgaben werden je länger je deutlicher gesamtschweizerische Aufgaben und sind deshalb ebenso viele Casus foederis. In einem richtig verstandenen Föderalismus wird das Wort SOLIDARITÄT gross geschrieben.

Auch der *Liberalismus* muss neu überdacht werden. Für die Altliberalen waren die Wölfe und die Schafe gleich liebe Tiere. Sie gestatteten beiden im Namen der Gleichheit und der Freiheit, sich den Bauch voll zu fressen, wobei dann natürlich die Wölfe die Schafe auffrassen. Der Wirtschaftsliberalismus alter Prägung ist nichts anderes als ein wirtschaftlicher Darwinismus, wo der Starke auf Kosten des Schwachen überlebt.

Wir müssen uns immer klarer bewusst werden, dass zwischen dem geistigen und dem materiellen Liberalismus ein deutlicher Trennungsstrich zu ziehen ist. Der materielle Liberalismus, dessen faule Frucht der Kapitalismus darstellt, droht den geistigen Liberalismus zu ersticken. In einer echten Demokratie hat eine Minderheit eine echte Chance, Mehrheit zu werden. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass die materiellen Propagandamittel allen Meinungsströmungen gleicherweise zur Verfügung stehen. Wenn beispielsweise eine Initiative rechtsgültig zustande kommt, sollten sämtliche Zeitungen, der Rundfunk und das Fernsehen gesetzlich verpflichtet werden, den befürwortenden und den gegnerischen Standpunkt im Verhältnis von 1:1 kundgeben zu lassen. Gegenwärtig ist es so, dass, wenn die SPS eine Initiative in die Wege leitet, von den 400 Tageszeitungen der Schweiz nur etwa zehn den Standpunkt der Initianten vertreten, während alle anderen mehr oder weniger dagegen sind. Wir brauchen deshalb ein neues Pressekonzept, demgemäss der geistige Liberalismus von den Fesseln der kapitalistischen Meinungslenkung befreit wird. Erst der gesetzlich verankerte geistige Liberalismus schafft auf geistigem Gebiet die gerechten Wettbewerbsbedingungen und sorgt für die Gleichheit der Chancen.

Seit seiner Entdogmatisierung im Jahre 1935 hat der *Sozialismus* an Geschmeidigkeit gewonnen, was er an Profil verloren hat. Die Anpassungswilligkeit geht oft an die Grenze des Erträglichen, und manchmal wird diese Grenze sogar überschritten. «Der Sozialismus wird ethisch sein, oder er wird nicht sein.» An diesen Ausspruch des grossen Sozialisten Auguste Forel sollte man sich etwas häufiger erinnern. Zur Ethik gehört nämlich auch die Bekämpfung des Gross- und Monopolkapitalismus.

Der Kapitalismus erfährt in der praktischen Politik eine merkwürdige Schonung, und zwar deshalb, weil die übergrosse Mehrheit der Bevölkerung durchaus positiv zum herrschenden Wirtschaftssystem eingestellt ist. Der Kapitalismus gilt für viele als die einzige Alternative zum Kommu-

nismus, und, gestehen wir es nur offen, wenn das Sortiment der politischen Systeme nur diese schäbige Auswahl offen liesse, würden wir alle dem Kapitalismus den Vorzug geben.

Die Abneigung gegen den Kommunismus darf uns aber nicht dazu verleiten, die Mängel des Kapitalismus einfach zu übersehen. Im Sozialismus steht der Mensch im Mittelpunkt aller gesellschaftlichen Bemühungen, im Kapitalismus die Rentabilität. Das höchste Ziel und der höchste Zweck des Staates ist die Gerechtigkeit. Es darf auch in der Wirtschaft keine Untertanenverhältnisse und keine Vorrechte des Besitzes geben. Sozialismus bedeutet mehr als nur die Beseitigung der Not, des Elends und der Armut. Er will, dass die Wirtschaft Sache des ganzen Volkes werde und dass jeder nach Massgabe seiner Fähigkeiten das wirtschaftliche Geschehen mitbestimmen könne. Erst die Einführung des Sozialismus macht die gegenwärtige, durch die wirtschaftlichen Machtverhältnisse gefälschte Demokratie zu einer vollwertigen Demokratie.

Ausländische Entwicklungshilfe

Wie schon angedeutet, ist eine Verfassungsrevision nicht einfach ein akademisches Anliegen reiner Rationalität. Man kann eine Revision nicht programmieren wie einen industriellen Produktionsvorgang. Formaljuristische Schönheitsfehler im Aufbau unseres Grundgesetzes bewirken noch keine genügenden Antriebskräfte für wesentliche Änderungen, denn diese Schönheitsfehler stören ja nur die Juristen. Auch das vielbeschworene Malaise spendet keine vorwärtstreibende Kraft. Die gute Wirtschaftslage wirkt ebenfalls im konservativen Sinn.

Bei nüchterner Betrachtung gibt es für jede Strukturänderung mindestens so viele Gründe dagegen wie dafür. Die Gründung des Bundesstaates war, rein verstandesmässig gesehen, ein eher riskantes Unternehmen. Es hätte auch schief gehen können. Die Überlegungen der reinen Vernunft erzeugen meist einen retardierenden Effekt. Die eigentliche Triebkraft entspringt dem emotionalen Bereich. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch negative Emotionen, wie gemeinsam empfundener Hass oder gemeinsam erlebte Befürchtungen, konstitutive Elemente einer zielbewussten Politik bilden können. Es ist als sicher anzunehmen, dass in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Bedrohung der nationalen Einheit durch das Metternichsche System und seine Agenten, die Jesuiten, die Umwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat ebenso gefördert hat wie der wirtschaftliche Zwang zur Industrialisierung und zur Vereinheitlichung der Zoll-, Finanz- und Verteidigungspolitik.

Ausländische Einflüsse sind auch zu bemerken bei der Totalrevision von 1874. Eingeklemmt zwischen dem italienischen Risorgimento und dem neugegründeten mächtigen Deutschen Reich und unter dem Eindruck der imponierenden Offensivkraft des deutschen Heeres, entschloss sich das

Schweizervolk, seine nationale Einheit aufs neue zu festigen. «Ein Recht – ein Heer» war die Manifestation des Willens zur Selbstbehauptung gegen heraufziehende Gefahren. Die Geschichte zeigt immer wieder, dass Reformen nicht nur *für*, sondern immer auch *gegen* etwas durchgesetzt werden.

Heute sehen wir keine Bedrohungen von aussen, die als «Entwicklungshilfe» vom Ausland her verstanden werden könnten. Die Gefährdung, unter der wir heute stehen, ist nicht konkret wie damals, sondern abstrakt und nicht lokalisierbar. Wir teilen den Alpdruck der Atombombenkatastrophe mit allen anderen Nationen, und es ist nicht ersichtlich, wie wir durch einen Verfassungstext unsere aussenpolitische Situation stärken könnten. Die Bedrohung kann nur, wenn überhaupt, durch unsere Teilnahme an den internationalen Entspannungsbemühungen abgewehrt werden. Unser Schicksal ist heute viel mehr als früher mit weltgeschichtlichen Ereignissen verflochten. Mit dem Beitritt zur UNO bekämen wir Zugang zu einem allerdings recht bescheidenen Mitbestimmungsrecht in internationalen Angelegenheiten. Die Mehrheit des Schweizervolkes ist jedoch vorläufig nicht geneigt, Einfluss auf die internationale Politik zu nehmen. Andererseits ist unverkennbar, dass die UNO jetzt schon einen gewissen Einfluss auf unsere Innenpolitik ausübt. Die Einführung des Frauenstimmrechts würde ohne die UNO-Charta wahrscheinlich noch mühsamer erfolgen, und von der Abschaffung der Ausnahmeartikel würde wohl kaum jemand sprechen. Aber eine wesentliche «Entwicklungshilfe» durch die UNO ist in absehbarer Zeit kaum zu erwarten. Im grossen und ganzen gesehen, wird das Geschehen ausserhalb unserer Grenzen lediglich eine auslösende Wirkung auf gedanklich schon vorbereitete Entwicklungsstösse haben. Es ist durchaus möglich, dass Europa wieder wie im Jahre 1968 von revolutionärem Fieber geschüttelt wird. Man täusche sich nicht: Unter der ruhigen Oberfläche sammelt sich Zündstoff an, und ein verhältnismässig geringer Anlass kann ihn zur Explosion bringen. Zurückgestaute Emotionen entladen sich mit elementarer Wucht und machen auch vor unseren Grenzen nicht halt. Diese Eventualität sollte uns nicht unvorbereitet antreffen. Man kann die Rebellion gegen das «Establishment» nicht einfach mit Wasserwerfern und mit Tränengas bekämpfen. Emotionen, auch wenn sie negativ und destruktiv sind, enthalten Kraftströme, die in aufbauende und positive Werte umgemünzt werden können. Viele junge Leute warten nur darauf, sich für ein klares und einleuchtendes Zukunftsbild begeistern zu können.

Begeisterung macht alles viel leichter

Vom Enthusiasmus sagte schon der alte Kant, er sei «eine Anspannung der Kräfte durch Ideen, welche dem Gemüt einen Schwung geben, der weit mächtiger und dauerhafter wirkt als der Antrieb durch Sinnesvorstel-

lungen». So paradox es klingen mag, zum wohlverstandenen Realismus gehört ein Schuss Idealismus. Ideen sind Kräfte, die zur Verwirklichung drängen. Das sozialdemokratische Programm «Neue Schweiz» konnte 1947 immerhin 250 000 Anhänger hinter sich scharen. Die Gegner vermochten doppelt so viele Neinsager zu mobilisieren. Trotzdem sind viele Forderungen von damals verwirklicht worden. Es scheint mir unumgänglich, dass die SPS wie vor 27 Jahren wieder eine Gesamtschau ihrer Ansichten über eine gerechtere, gesündere, besser geschulte, besser informierte Schweiz propagiert. Wir brauchen neue Konzepte für die Boden- und Siedlungspolitik, das Pressewesen, die politische Willensbildung, die Wirtschaftsplanung, die Landesverteidigung, die Besteuerung, die Entwicklungshilfe und die Neutralität. Wir brauchen die Vorstellung einer sozialen und fortschrittlichen Schweiz, mit der wir uns identifizieren und für die wir uns begeistern können. Die «Anspannung der Kräfte durch Ideen» ist nicht eine Sache des Intellekts, sondern emotional begründet. Der «Schwung», von dem Kant spricht, ist Ausdruck der Attraktivität eines Ideals. Man könnte versucht sein zu sagen: «Begeisterung ist eine Art Verliebtheit.» Ein Sprichwort lautet: «Dem Verliebten hängt der Himmel voller Geigen.» Ebenso gut könnte man sagen: «Der Begeisterte sieht die Zukunft voller Sternstunden.» Es ist klar, dass die Neugestaltung unseres Landes hauptsächlich eine Angelegenheit der Jungen ist. Alte, abgebrühte Routiniers werden zu sehr von ihren Erfahrungen gebremst, während die Jungen die Widerstände eher unterschätzen. Was tut's, wenn sich die heranwachsende Generation über das Tempo der Verwirklichung Illusionen macht? Auch die heute alten Kämpfer haben die Kräfte des Fortschritts oft zu hoch veranschlagt und deshalb bittere Enttäuschungen erlebt. Da sie jedoch mit Leib und Seele dabei waren, bereuen sie keine ihrer scheinbar nutzlosen Anstrengungen.

Man mag sich ruhig eingestehen, dass Zielvorstellungen Ideale sind, die in ihrer Vollendung unerreichbar sind. Was wir von den Idealen erwarten dürfen, ist nicht die Vollkommenheit, sondern die richtungsweisende Kraft. Für meinen Teil bin ich überzeugt, dass auch die Radikalen von 1847 sich ihre «Neue Schweiz» schöner vorgestellt haben, als sie dann geworden ist. Ohne ideale Zielvorstellungen gibt es keinen mitreissenden Schwung. Diesen Elan und diese Begeisterung brauchen wir aber, denn ohne Begeisterung gibt es der Wenn und Aber kein Ende. Wir müssen uns lossagen von der trügerischen Hoffnung, eine neue Verfassung könne aus einem Meinungsmarketing herausdestilliert werden. Die Verfassungsrevision ist nicht die Sache einer lauen und skeptischen Mehrheit, sondern die Aufgabe einer überzeugungsstarken und entschlossenen Minderheit. Diese Minderheit muss SPS heissen. Die Sozialdemokraten sehe ich nur als Patrioten einer neuen Schweiz, eines befriedeten Europas und einer besser organisierten UNO . . . oder ich sehe sie überhaupt nicht. Niemand bestreitet uns das Recht, uns für die 41 000 km², die wir Schweiz nennen, mehr zu inter-

essieren als für das mehr als dreitausendmal grössere Ausland. Durch die technische Entwicklung ist unser Planet derart zusammengeschrumpft, so viele Fäden verflechten uns mit allen Kontinenten und so viele Gefahren bedrohen uns zusammen mit allen Völkern, dass wir sagen müssen: «Die Schweiz ist unsere Heimatgemeinde, unser Vaterland ist der ganze Planet, der uns miternährt und mitgestaltet und für den wir uns mitverantwortlich fühlen müssen.»

Es wird den Schweizer Publizisten manchmal vorgeworfen, sie spielen sich in der Weltpolitik gerne als Schulmeister auf. Ob dieser Tadel zu Recht oder zu Unrecht erhoben wird, bleibe dahingestellt. Die beste Lektion, die wir der Umwelt geben können, besteht wohl darin, dass wir in unserem eigenen Hause die bestmögliche Ordnung schaffen. Ordnung ist nicht die durch Polizeigewalt aufgezwungene Ruhe, sondern die Bezeichnung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Normen der Gerechtigkeit. Ordnung wird hergestellt durch das Gleichgewicht zwischen Recht und Pflicht, zwischen Freiheit und Verantwortung.

Peter Bloch (Neuyork)

Die Nixon-Regierung und die Farbigen

Als Richard M. Nixon 1968 für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten kandidierte, machte er es recht deutlich, dass er von vorneherein nicht auf die Unterstützung der schwarzen Massen rechnete. Er richtete sich vor allem an die gemässigt-konservativen Elemente des weissen Mittelstandes und an das Unternehmertum. Er gewann die Unterstützung von Senator Thurmond und anderen Politikern des Südens durch gewisse Konzessionen. Er wusste, dass von allen Anwärtern auf die Präsidentschaft ohnehin nur Senator Robert F. Kennedy bei den Negern populär gewesen war. Sie fühlten, dass Robert Kennedys Sorge um die Benachteiligten und Unterdrückten aufrichtig war. Die Ermordung des Senators bedeutete das Ende einer grossen Hoffnung auf einen neuen Morgen Amerikas.

Richard Nixon konnte freilich die Farbigen auch nicht völlig ignorieren. Er gebrauchte das Schlagwort vom «schwarzen Kapitalismus», sah in der wirtschaftlichen Stärkung der Minderheiten den Schlüssel zur Lösung ihrer Probleme. Als Präsident verfolgt er in der Tat eine Politik, welche dieser Idee treu bleibt. Es handelt sich weniger um einen «schwarzen Kapitalismus» als um einen Kurs, der es Farbigen leichter machen soll, ihre eigenen Geschäfte zu gründen und erfolgreich zu führen, und die Hindernisse beseitigen will, die den Negern viele Facharbeiterstellen verschlossen haben